

# **AIHK: Unterstützt Aargauer Regierung Cassis-de-Dijon-Prinzip**

**Die Aargauische Industrie- und Handelskammer AIHK bedauert die Ablehnung der verfassungsmässigen Verankerung des Cassis-de-Dijon-Prinzips durch den Grossen Rat. Die Handelskammer unterstützt das Anliegen des Regierungsrats, die im Mai 2007 in der 1. Lesung abgelehnte Änderung der Kantonsverfassung nochmals vor das Parlament zu bringen.**

Mit der Verankerung des Cassis-de-Dijon-Prinzips in der Kantonsverfassung wollte der Aargauer Regierungsrat sein ordnungspolitisches Bekenntnis für einen freien Wettbewerb und für eine liberale Wirtschaftspolitik ausdrücken. Dies auch als konsequente Umsetzung seiner vor zwei Jahren lancierten Wachstumsinitiative mit den Teiletappen Binnenmarktliberalisierung und Deregulierung.

Das Ergebnis der 1. Lesung am 8. Mai 2007 war deutlich: Mit 76:49 Stimmen lehnte der Grosser Rat die Verankerung des Cassis de Dijon-Prinzips in der Kantonsverfassung ab. Das ist bedauerlich, war dies doch einer der zentralen Pfeiler der erwähnten

Wachstumsinitiative, die auch vom Grossen Rat gutgeheissen wurde. Es trifft zu, dass das Cassis-de-Dijon-Prinzip in (nicht) absehbarer Zeit von Bern her gesamtschweizerisch angeordnet werden wird. Und es trifft auch zu, dass den Prinzipien der Gegenseitigkeit und der Nichtdiskriminierung unter den heutigen Gegebenheiten noch besondere Beachtung zu schenken ist.

Aus Sicht der Aargauischen Industrie- und Handelskammer wäre die verfassungsmässige Verankerung des Cassis-de-Dijon-Prinzips dennoch zu begrüssen. Dies als Bekenntnis des viertgrössten Wirtschaftskantons der Schweiz zu einem freien Wettbewerb und zu einer liberalen Wirtschaftspolitik und als Bekräftigung des Willens, die gute Position in einem globalisierten und wettbewerbsorientierten Umfeld auch in Zukunft zu behaupten. Unternehmertum bedeutet immer auch ein gewisses Wagnis; ohne Investitionen dürfen auch keine Gewinne erwartet werden. Die Aargauer Regierung hat dies erkannt und sie sollte in diesen Bestrebungen sowohl von der Wirtschaft wie auch von der Politik unterstützt werden.